

Abwasser-Regelung soll rasch korrigiert werden

SPD warnt Althaus vor Arbeitsverweigerung

Erfurt (OTZ). Die gestrige Ankündigung des Ministerpräsidenten, vorerst nichts an der umstrittenen Abwasser-Regelung ändern zu wollen, ist auf scharfe Kritik gestoßen.

„Althaus muss seinen Fehler schnellstmöglich korrigieren“, sagte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Heike Taubert und verwies auf ein Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs. Demnach ist die unter Althaus getroffene Regelung aus dem Jahr 2004 zu den Abwasserbeiträgen verfassungswidrig. „Wenn Althaus nichts unternimmt, dann ist das Arbeitsverweigerung“, so Taubert. „Bürger und Verbände brauchen dringend Rechtssicherheit.“

Ähnlich äußerte sich Bodo Ra-

melow, Ministerpräsidentenkandidat der PDS/Linke. Er schlägt ein gesetzliches Moratorium vor. Dadurch solle verhindert werden, dass Zweckverbände die alten Berechnungsmethoden wieder anwenden, in deren Folge rund 200 Millionen Euro gestundete Abwasserbeiträge sofort wieder fällig würden. Ramelow verlangte zudem eine grundsätzliche Reform in diesem Bereich. Das Verfassungsgericht habe verschiedene Wege aufgezeigt, wozu auch ein Nachdenken über die Abschaffung der Abwasserbeiträge gehöre. „Was im Wasserbereich zulässig ist, muss auch für die Abwasserentsorgung diskutiert werden“, sagte Ramelow.

Auch die Industrie und Hän-

delskammer (IHK) Ostthüringen fordert eine schnelle Neuregelung durch die Landesregierung. Hauptgeschäftsführer Peter Höhne sagte in Gera: „Die Unternehmen benötigen Planungssicherheit – eine Entscheidung zur Entlastung der Unternehmen sollte noch vor der Wahl getroffen werden.“

Kommentar

Gesetz und Geschwätz

Von Wolfgang Schütze

Bis zur Landtagswahl sind es noch vier Monate. Die Zeit sollte der Landesregierung reichen, um nach der neuerlichen Schlappe vor Gericht eine verfassungsfeste Neuregelung im Abwasserbereich zustande zu bringen. Alles andere grenzt an „Arbeitsverweigerung“, da hat die SPD recht.

Zumal: Wenn die CDU-geführte Landesregierung und die Mehrheitsfraktion im

Landtag schnell sein wollen, dann sind sie schnell! Und kein Gesetz und kein Geschwätz von gestern interessierte sie mehr. Siehe das Einlenken beim Volksbegehren für mehr Demokratie. Und oft ist der Ministerpräsident und CDU-Chef sogar noch schneller als sein Kabinett und seine Partei. Dieter Althaus hat gestern – wie vor der Wahl 2004 beim Thema Wasser/Abwasser – wieder einen Alleingang gestartet, der seine Mitstreiter alt aussehen lässt. Hatten die Sozialpolitiker der Union nicht steif und fest behauptet, für mehr Erzieher-Stellen im Land sei kein Grund und kein Geld da? Nun sieht Althaus die Zukunft doch in 1000 Stellen. Das Volksbegehren will das Doppelte.

Vor Wetten, dass Althaus nicht noch schneller wird, sei ausdrücklich gewarnt.

Firmen wollen rasch Klarheit

Schnelle Lösung bei Abwasserbeiträgen

Erfurt/Gera. (tlz/mar) Thüringens Wirtschaft drängt auf eine schnelle Lösung bei den Abwasserbeiträgen. „Die Unternehmen brauchen Planungssicherheit“, mahnte der Hauptgeschäftsführer der IHK Ostthüringen, Peter Höhne. Das Landesverfassungsgericht hatte die bisherige Regelung in der Vorwoche verwor-

fen. Die Landesregierung will sich bei einer Neuregelung offenbar Zeit lassen. Mittlerweile warnte die SPD-Opposition vor einer „Arbeitsverweigerung“ der Regierung in dieser Angelegenheit.

Derzeit müssen Grundstückseigentümer erst dann Beiträge zahlen, wenn ein

Grundstück bebaut und direkt an die Abwasserversorgung angeschlossen ist. Wenn bis 2010 keine neue Lösung gefunden wird, gilt wieder das alte Gesetz. Und danach müssten – so Höhne – etwa zwei Drittel der Grundstückseigentümer zwischenzeitlich erlassene Abwasserbeiträge erneut zahlen. „Eine Ent-

scheidung zur Entlastung der Unternehmen sollte noch vor der Wahl getroffen werden“, mahnte Höhne.

Der Bund der Steuerzahler in Thüringen fürchtet, dass die Neuregelungen für alle teuer werden, so Geschäftsführer Wolfgang Mahrle.

Landesspiegel

Beiträge: Teuer wird's auf jeden Fall

Bund der Steuerzahler sieht Land vor Scherbenhaufen

■ Von Hartmut Kaczmarek
und Elmar Otto

Erfurt. (tlz) „Teuer wird's auf jeden Fall.“ Wolfgang Mahrle, der Geschäftsführer des Bundes der Steuerzahler, macht sich da nichts vor. Die vom Verfassungsgericht verordnete Neuordnung der Abwasserbeiträge in Thüringen wird die Zweckverbände und die Entsorger jede Menge Geld kosten, vielleicht auch die Bürger, je nachdem, welche Neuregelung sich das Land einfallen lässt.

Das Land steht nach Einschätzung von Mahrle bei den Beiträgen vor einem Scherbenhaufen. Hier müsse jetzt erst einmal richtig aufgeräumt und dann eine verfassungsmäßige Lösung gefunden werden, sagt er. Die obersten Thüringer Richter hatten die jetzigen Beitragsregelungen verworfen, weil sie zu sehr in

die Hoheit der Kommunen eingreifen. Damit sind aber auch sämtliche bürgerfreundlichen Regelungen gekippt, die das Land 2004 erlassen hatte, um dem Bürgerzorn den Wind aus den Segeln zu nehmen. Beispielsweise wenn es um die Beitragserhebung für unbebaute Grundstücke geht. Richtlinie des Landes bisher: Bezahlt wird, was gebaut ist. Das muss jetzt überdacht werden.

Allerdings warnt der Bund der Steuerzahler nachdrücklich davor, wie im Wasserbereich jetzt völlig auf die Beiträge zu verzichten. Auch wenn sich die Steuerzahlerorganisation bei den Bürgerinitiativen mit dieser Haltung nicht unbedingt beliebt macht: Mahrle drängt auch auf die Erhebung der Beiträge im vollen Umfang der Vorgaben des Bebauungsplanes. Betroffene und finanzielle überforderte Bürger hätten dann ja

die Möglichkeit der Stundung, argumentiert er.

Die Regelungen im Wasserbereich sind für die Steuerzahler-Organisation warnendes Beispiel: Exorbitant steigende Gebühren seien nur abgemildert worden, weil Investitionsvorhaben der Verbände gestrichen oder gestreckt worden seien. Außerdem weist Mahrle auf die Zinserstattungen des Landes an die Verbände hin. Dieses Sondervermögen ist immerhin mit der stolzen Summe von mehr als 30 Millionen Euro jährlich ausgestattet.

Mahrle fürchtet, dass in den Zweckverbänden ohne klare Vorgaben ein Chaos um sich greift, weil die Arbeiten, die man nach 2004 gemacht hat, jetzt noch einmal erledigt werden müssten. „An den Kosten werden wir alle beteiligt sein“, sagt er.

■ **SPD drängt
zum Handeln**

Die SPD-Opposition im Landtag hat unterdessen die Landesregierung vor Arbeitsverweigerung gewarnt. Ministerpräsident Dieter Althaus hatte angekündigt, vorerst nichts an der umstrittenen Abwasser-Regelung ändern zu wollen. „Althaus muss seinen Fehler schnellstmöglich korrigieren“, so die Kommunalexpertin Heike Taubert.

Der Regierungschef jedoch betonte, die Privilegierung von Eigentümern nicht bebauter Grundstücke werde vorerst beibehalten. Die Regelung solle bestehen bleiben, damit keine Verunsicherung oder Beitragssorgen entstünden. Althaus versprach für die Zukunft eine „bürgerfreundliche Ausgestaltung der Abwasserbeiträge“.